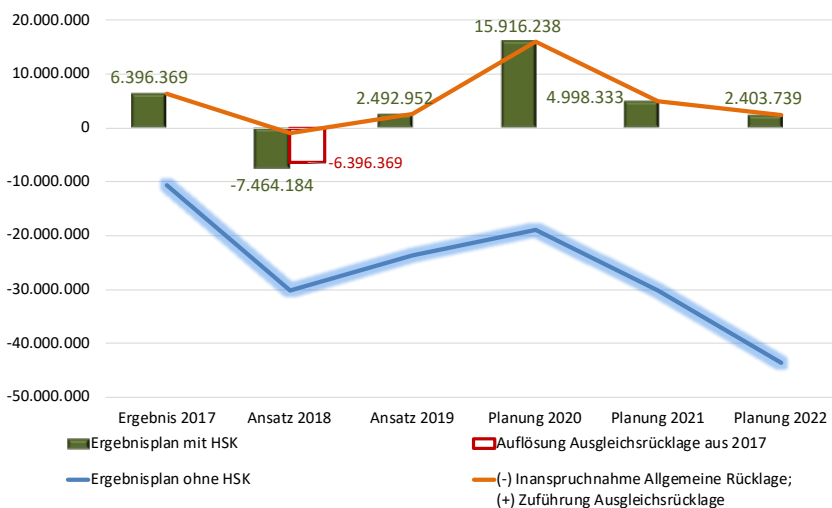


Natürlich – der externe, suchende Blick findet auch in einem Planwerk, dass formal den geforderten Haushaltsausgleich im Jahr 2020 darstellen kann, Untiefen, die das „aber“ in der Überschrift begründen.

Sei es, dass noch immer **kein struktureller Ausgleich** im Jahr 2020 dargestellt werden kann, weil erhebliche Finanzerträge, die weit über dem Mittel der Vergangenheit liegen (Sonder-/Einmaleffekte), zum Ausgleich und seiner Absicherung herangezogen werden müssen. Sei es, dass das Ordentliche Ergebnis im gesamten Finanzplanungszeitraum nicht einmal in die Nähe einer schwarzen Null kommt. Oder sei es, dass die Entwicklung der Aufwendungen in zentralen Posten untertrieben wird, weil dies die formalen Vorgaben der Orientierungsdaten erlauben.

Aber – jetzt im Positiven der Kurzfristbetrachtung – die Stadt kann glaubhaft **für das nächste Haushaltsjahr 2019**, der Schlussrunde vor dem Ziel des operationellen Haushaltsausgleichs 2020, ein deutlich verbessertes Jahresergebnis ausweisen. Der Sprung auf die schwarze Null ist möglich, wenn wichtige Rahmenbedingungen, auf die Krefeld keinen Einfluss hat, nicht kippen. Das HSK ist daher auf die **Absicherung der schwarzen Null 2020** gerichtet – das Jahr 2019 mit einem Ergebnis zumindest nahe des geforderten Haushaltsausgleichs ist das geeignete Sprungbrett. Die vierte Fortschreibung des HSKs hat ein Gesamtvolumen von 182,2 Mio. €; 64,3 Prozent (117,2 Mio. €) liegen dabei im Allgemeinen Haushalt. An diesem Anteil ist die Gewerbesteuer mit 48,7 Mio. € der Hauptträger. Die Grundsteuer B und die kommunalen Töchter folgen mit gesamt 31,5 Mio. € und 26,5 Mio. €. Der substantielle Beitrag der regionalen Wirtschaft, der Bevölkerung sowie der nach §77 GO NW geforderte Einbezug auch der kommunalen Töchter werden im HSK sichtbar. Darüber hinaus beläuft sich der positive Saldo von „Ausschüttungen an bzw. Erträgen von städtischen Beteiligungen“ zwischen 2017 und 2022 nach Planansätzen auf 93,6 Mio. €. Ohne vollumfängliche Realisierung des HSK-Volumens ist ein Haushaltsausgleich nicht denkbar (s. Abb.).



Die Erträge werden unter Verwendung der örtlichen Besonderheiten und der Steuer-schätzungen bzw. der Orientierungsdaten des Landes fortentwickelt. Dabei werden **gleichzeitig** moderat steigende Gewerbesteuererträge und auf den **Ausgleich einer unterdurchschnittlichen Steuerkraft** zielende steigende Schlüsselweisungen angesetzt. Dass die Steigerungen jeweils unterhalb der Orientierungsvorgaben bleiben, ändert aber Nichts an der realistischen Möglichkeit des Ertragsausfalls bei den Zuweisungen. Dies hat auch die Bezirksregierung zum letzten Haushalt angemerkt. Darüber hinaus ist für 2019ff. die Gefahr einer Abschwächung der deut-

lichen Konjunktur gegeben, wenngleich gegenwärtig der Wachstumspfad trotz deutlich reduzierter positiver Erwartungen der regionalen Wirtschaft (s. Konjunkturbericht Spätsommer der IHKn Düsseldorf und Mittlerer Niederrhein) noch nicht einbricht.

Die Aufwendungen, hier jene für **Personal und Transfer**, werden im Wesentlichen entlang der Orientierungsdaten des Landes dynamisiert. Auch eine Wiederbesetzungssperre im Rahmen der Haushaltskonsolidierung lässt die hieran fixierte Steigerungsrate der Personalaufwendungen von nur 1% bei Fortführung der gegenwärtigen lohnpolitischen Linien deutlich zu gering erscheinen. Im Spannungsfeld der haushaltsseitig geforderten Personalkostenbegrenzung findet die Stadt überdies noch keine Antwort auf die Notwendigkeit eines zukunftssichernden Personalentwicklungskonzeptes. Die Transferaufwendungen bleiben planerisch hinter einem realistischen Ansatz zurück. Bspw. werden die entsprechenden Aufwendungen im Produkt 4-051-03 (Jugendhilfe und Beschäftigungsförderung) ab 2019 nur mit 2,6% p.a. gesteigert, obwohl die hierauf bezogenen Erörterungen betonen, dass „die sozio-strukturellen Bedingungen (...) zunehmend zu einem hohen Unterstützungsbedarf bei den Familien“ führen. (vgl. S. 650). Die vergangenheitsbezogenen Entwicklungen belegen dies auch nachdrücklich. Beide Ansätze sind offene Flanken in der Konsolidierung. Überdies steigen die Zinsänderungsrisiken nach dem bevorstehenden Ende der massiv expansiven europäischen Geldpolitik. Das aktive Zinsmanagement der Stadt bleibt gefordert.

In der Summe gibt das Rechnungswerk des vorlegten Haushaltsplanentwurfs 2019 eine Perspektive zum operativen Haushaltsausgleich 2020, wobei die Gefahren der Ertragseinbrüche und Aufwandsteigerungen in Anbetracht der aufgezeigten möglichen Entwicklungen sowie der vom Kämmerer in seiner Haushaltsrede zu Recht benannten Risiken erheblich sind. Der Überschuss 2020 in Höhe von 15,9 Mio. € ist mehr als ungewiss – die zum Ausgleich notwendigen HSK-Volumina und -Anstrengungen sind es nicht. Mittelfristig sollte auf ein ausgeglichenes Ordentliches Ergebnis strukturell hingearbeitet werden.